

# **DAS FOSSILE ZEITALTER IST VORBEI: ZEIT FÜR EINE ENERGIEPOLITISCHE UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG EUROPAS UND FÜR EINE STRATEGIE ZUR STÄRKUNG WIRTSCHAFTLICHER RESILIENZ**

*Fraktionsbeschluss vom 29. April 2026*

## **Zusammenfassung:**

Die Bundesregierung verkennt den Ernst der Lage. Wir erleben den größten fossilen Energieschock weltweit, doch die Regierung agiert im Blindflug. Die Internationale Energieagentur warnt vor Kerosin-Knappheiten und wirtschaftlichen Verwerfungen, während die Wirtschaftsministerin unbeteiligt wirkt. Dabei wäre es ihre Aufgabe, Risiken zu analysieren und einen Krisenplan vorzulegen – beides fehlt.

Welche Handlungsoptionen die Bundesregierung bei längerfristiger Knappheit hat, bleibt offen. Auf das „Prinzip Hoffnung“ zu setzen, ist kein tragfähiges Krisenmanagement.

Wir schlagen vor: eine Taskforce und eine zentrale Koordination. Das Thema muss zur Chefsache werden und darf nicht allein der Wirtschaftsministerin überlassen bleiben. Deutschland braucht ein strategisches, transparentes Vorgehen – mit Blick auf kurzfristige Fragen wie Lagerbestände und Reserven ebenso wie auf Szenarien einer längeren Blockade der Straße von Hormus und deren Folgen für Lieferketten und Lebensmittelversorgung. Der Nationale Sicherheitsrat sollte künftig auch in regelmäßigen Abständen ressortübergreifend zur energiepolitischen Krise tagen und jährlich einen Bericht zur Energieunabhängigkeit vorlegen.

Zugleich gilt: die aktuelle Krise ist kein Einzelfall. Energiepolitische Schocks werden zum Normalzustand, solange unsere Wirtschaft von Erdöl und Erdgas abhängt. Jede neue Krise birgt das Risiko weiterer Preis- und Wirtschaftsschocks. Das deutsche Wirtschaftsmodell steht damit grundsätzlich infrage. Jahrzehntelang beruhte der Erfolg auf fossilen Importen, hoher Exportorientierung und stabilen Lieferketten – diese Grundlagen tragen nicht mehr. Deshalb haben wir uns in der Regierung gemeinsam mit der Wirtschaft auf den Weg der Modernisierung, Elektrifizierung und des konsequenten Ausbaus der Erneuerbaren Energien gemacht. Die aktuelle Bundesregierung geht leider den entgegengesetzten Weg.

Es ist Zeit für eine energiepolitische Unabhängigkeitserklärung Europas und eine Strategie zur Stärkung wirtschaftlicher Resilienz.

Während die Regierung weiter an fossilen Abhängigkeiten festhält, setzen wir auf einen schnellen Ausstieg aus Erdöl und Erdgas, den massiven Ausbau erneuerbarer Energien und eine konsequente Elektrifizierung von Wirtschaft und Alltag.

Kern des Vorschlags ist ein umfassendes Transformationsprogramm, das wirtschaftliche Stärke, soziale Entlastung und sicherheitspolitische Unabhängigkeit zusammendenkt. Durch niedrigere Stromkosten, ein Energiekrisengeld, günstigeren ÖPNV, Energiesparmaßnahmen, Investitionen in eine klimagerechte Infrastruktur und weitere gezielte Instrumente.

Ergänzt wird dies durch Investitionsanreize für Unternehmen, eine Stärkung europäischer Souveränität bei Energie, Industrie und Digitalem sowie klare Regeln gegen Marktmacht und politische Einflussnahme. Insgesamt zeigt der Beschluss: Der Ausstieg aus fossilen



Abhängigkeiten ist kein Verzichtsprojekt, sondern ein Sicherheits-, Wohlstands- und Entlastungsprogramm – wenn man ihn politisch entschlossen gestaltet.

### ***Analyse: Fossile Kräfte destabilisieren die Welt***

Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Die Abhängigkeit von fossiler Energie ist ein massives Sicherheitsrisiko für Deutschland und Europa. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und nun der Krieg im Nahen Osten haben globale Energie- und Versorgungsschocks ausgelöst – mit steigenden Preisen, Versorgungsunsicherheiten und erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen.

Diese Krisen sind keine Ausnahmen, sondern Ausdruck eines strukturellen Problems. Erdöl und Erdgas sind Machtinstrumente: Sie finanzieren autoritäre Regime, verschärfen geopolitische Konflikte und machen Volkswirtschaften verwundbar. Wladimir Putin nutzt Energieexporte zur Finanzierung seines Kriegs und als Druckmittel. Fossile Abhängigkeit schafft ein System aus Knappheit, Kontrolle und politischer Einflussnahme. In einer Weltordnung, in der völkerrechtliche Normen und Regeln zunehmend infrage gestellt werden, ist diese Verwundbarkeit eine strategische Schwäche.

Die Folgen sind spür- und messbar: Inflationsraten von über 8 % infolge der Energiepreisschocks 2022, schwaches Wachstum bis hin zur Stagnation und Dieselpreise von zeitweise 2,45 Euro pro Liter zeigen, wie unmittelbar sich fossile Abhängigkeit auf unseren Wohlstand auswirkt. Die Internationale Energieagentur spricht von einer historischen Energiekrise. Für viele Menschen ist diese Abhängigkeit finanziell längst im Alltag angekommen – an der Tankstelle, bei Heizkosten und im Supermarkt.

### ***Die Krise ist nicht vorbei – sie ist der neue Normalzustand***

Auch wenn einzelne Engpässe vorübergehen sollten: Die Krise ist nicht vorbei. Wir leben in einer Welt multipler Krisen. Geopolitische Konflikte, fragile Lieferketten und volatile Energiemärkte verstärken sich gegenseitig. Solange unser Wirtschaftsmodell auf Erdöl und Erdgas basiert, droht jederzeit die nächste Energie-, Preis- und Wirtschaftskrise.

Es ist fahrlässig, Energieschocks als Einzelfälle zu behandeln. Fossile Abhängigkeit ist strukturell – und erfordert entschiedene, vorausschauende Maßnahmen.

### ***Das alte Wirtschaftsmodell funktioniert nicht mehr***

Die Krise legt eine strukturelle Schwäche offen: Das deutsche Wirtschaftsmodell stößt an seine Grenzen. Es beruhte auf günstigen fossilen Importen, verlässlichen Exportmärkten und stabilen Lieferketten – Grundlagen, die heute wegbrechen. Die internationale Ordnung wird instabiler, Lieferketten reißen, Märkte geraten unter geopolitischen Druck. Unsere Unternehmen haben die Innovationskraft, darauf neue Antworten zu geben. Dafür muss die Politik jetzt die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Aber auch interne Faktoren tragen zur fragileren Situation bei: lang aufgebaute Investitionsschwäche, Bürokratie, Planungsunsicherheit und die demografische Entwicklung.

Trotzdem verharren Teile von Politik und Wirtschaft im „Weiter so“. Wer an fossilen Technologien festhält, gefährdet den Standort. Es entsteht ein wachsendes Spannungsverhältnis zwischen veränderter Realität und politischen Entscheidungen.





## ***Klimakrise und digitale Macht verstärken Abhängigkeiten***

Parallel eskalieren die Klima- und die Biodiversitätskrise. Extremwetter zerstört Infrastruktur, erhöht den Energiebedarf und setzt Strom- und Wärmeversorgung unter Druck – was oft den zusätzlichen Einsatz fossiler Energien nötig macht. Die Folge: steigende Kosten, wachsende Unsicherheiten und mehr Ungleichheit.

Zugleich entstehen neue Machtallianzen. Das fossile System verknüpft sich mit großen Technologiekonzernen. Digitale Infrastrukturen sind nicht neutral, fossile Akteure und Tech-Oligarchen gehen globale Allianzen ein. Beide haben kein Interesse an starker demokratischer Regelsetzung, etwa durch eine geeinte Europäische Union, um die Freiheit der Menschen zu schützen.

Der steigende Energiebedarf digitaler Infrastruktur schafft so Interesse an schnell verfügbarer fossiler Energie. Diese Interessen wirken in politische Prozesse hinein – eines von vielen Beispielen ist die Debatte um Effizienzstandards für Rechenzentren. Es entsteht eine Machtkonzentration aus wirtschaftlicher und politischer Einflussnahme, die demokratische Strukturen unter Druck setzt.

Big Tech kontrolliert Kommunikationsräume und Infrastrukturen und gestaltet politische Rahmenbedingungen mit. So stabilisiert digitale Macht ein fossiles System, das längst unter Druck steht.

Erneuerbare Energien sind daher mehr als Klimaschutz: Sie durchbrechen strukturelle Abhängigkeiten und stärken so wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit und sicherheitspolitische Unabhängigkeit.

## ***Der Aufbruch hat begonnen***

Das fossile Zeitalter endet nicht irgendwann einmal – es endet bereits jetzt. Über 90 % des weltweiten Zubaus an Stromkapazität stammen aus erneuerbaren Energien. Solarenergie wächst am schnellsten. Mehr als 30 Prozent des Stroms werden bereits CO<sub>2</sub>-arm erzeugt, bald werden erneuerbare Energien fossile Kraftwerke überholen.

In vielen Ländern beschleunigt sich dieser Trend. Erneuerbare sind die günstigste Energieform. Der Wandel ist konkret: Elektrifizierung der Industrie, selbst produzierter, erneuerbarer Strom in Haushalten, eine moderne Stadtplanung. Wer bereits umgestellt hat, ist vor Preisschwankungen geschützt.

## ***Die Bundesregierung verkennt den Ernst der Lage***

Umso unverständlicher ist der Kurs der Bundesregierung. Die Internationale Energieagentur warnt vor dem größten fossilen Energieschock, doch die Regierung verharrt in Schockstarre. Eine Risikoanalyse und ein Krisenplan fehlen. Welche Optionen bei längerer Knappheit bestehen, bleibt offen. Doch auf das „Prinzip Hoffnung“ zu setzen, ist verheerend.

CDU und SPD halten an Erdöl und Erdgas fest, verzögern notwendige Entscheidungen und bremsen den Ausbau erneuerbarer Energien. In der Energiepolitik drohen zentrale Bereiche der Energiewende zu stocken oder zurückgedreht zu werden.

Abhängigkeiten nehmen zu, etwa durch neue energie- und handelspolitische Verflechtungen. Gleichzeitig gelingt es nicht schnell genug, gefährliche Abhängigkeiten zu reduzieren, indem man zum Beispiel diversifiziert und mit verlässlichen Partnern enger zusammenarbeitet. Der Umgang mit kritischer Infrastruktur zeigt zusätzliche Schwächen. Ein





grundlegendes Kommunikationsproblem verschärft die Lage: Die Regierung spricht nicht offen über die Realität. Doch klar ist: Fossile Abhängigkeit macht Wirtschaft und Gesellschaft verletzlich und gefährdet den Wohlstand. Und die sicherheitspolitischen Krisen werden nicht verschwinden – wir müssen uns gesamtgesellschaftlich besser darauf einstellen.

Bisherige Antworten der Bundesregierung, wie die Absenkung der Mineralölsteuer, sind der falsche Weg. Sie verschärfen die Krise, große Teile des Geldes landen zudem bei den Mineralölkonzernen. Steigende Energiepreise und Lebenshaltungskosten belasten weiter vor allem von Armut Betroffene sowie untere und mittlere Einkommen – die Frage der Bezahlbarkeit bleibt ungelöst.

## ***Unsere Antwort: Es ist Zeit für eine energiepolitische Unabhängigkeitserklärung Europas und für eine Strategie zur Stärkung wirtschaftlicher Resilienz***

Deutschland braucht eine Krisenpolitik, die nicht nur auf die nächste Preiswelle reagiert, sondern die Grundlagen unserer Energieversorgung, unseres Wirtschaftens und unserer geopolitischen Handlungsfähigkeit strukturell auf eine Zeit nach Erdöl und Erdgas ausrichtet. Ziel muss es sein, Abhängigkeiten von Energieimporten konsequent zu reduzieren, Resilienz gegen Preisschocks aufzubauen und die Transformation aktiv zu gestalten – ökonomisch sinnvoll, sozial gerecht, ökologisch klar und sicherheitspolitisch klug.

Dafür brauchen wir einen **Krisenresilienzplan**, der folgendes leistet:

### ***1. Strategisches und transparentes Krisenmanagement etablieren***

Die **Bundesregierung** muss im Rahmen einer Task Force systematisch **Szenarien** der kommenden Wochen und Monate **skizzieren**, damit Wirtschaft und Bevölkerung sich auf die Lage einstellen können. Wenn die Wirtschaftsministerin nicht in der Lage ist zu handeln, muss der Kanzler übernehmen. Dabei geht es unter anderem darum, kurzfristig Lagerbestände, Füllstände und Reserven zu überwachen und Raffineriekapazitäten europäisch koordiniert auszulasten. Mittelfristig müssen die Folgen einer längeren Blockade zentraler Handelsrouten wie der Straße von Hormus sowie weiterer globaler Knappheiten (u. a. in Asien), einschließlich der Auswirkungen auf Lieferketten, Lebensmittelversorgung und Medizinprodukte aufgearbeitet werden. Nie wieder dürfen fossile Player Länder so gegeneinander ausspielen und die Preise diktieren wie im Jahr 2022. Deswegen sollten wir Allianzen schmieden mit anderen Ländern in Europa und darüber hinaus zur Reduktion von Erdöl und Erdgas, zur gemeinsamen Unabhängigkeit. Ziel ist die Sicherstellung schneller Reaktionsfähigkeit sowie vorausschauender Krisenvorsorge.

Der **Nationale Sicherheitsrat** legt Parlament und Öffentlichkeit jährlich einen **Bericht zur Energieunabhängigkeit** vor, der externe Abhängigkeiten, geopolitische Risiken, potenzielle Erpressungsszenarien sowie konkrete Gegenstrategien systematisch analysiert und politische Antworten liefert. Auch hier gilt es, den bisherigen Mangel an Transparenz und strategischer Tiefe zu überwinden und eine belastbare Grundlage für parlamentarische Kontrolle und öffentliche Debatte zu schaffen.

### ***2. Kurzfristige Maßnahmen zur Krisenvorsorge***

Ein gutes Krisenmanagement handelt jetzt, und nicht erst, wenn es zu spät ist. Deshalb sollte die Regierung jetzt Maßnahmen ergreifen, die kurzfristig wirksam zu einer Senkung des Öl- und Gasverbrauchs führen. Dazu gehört:





Die Einführung eines allgemeinen **Tempolimits** auf Autobahnen: Schon ein Tempolimit von 130 km/h senkt den Kraftstoffverbrauch im Schnitt um etwa 2-3 Prozent, was für Autofahrende je nach Fahrleistung einer zusätzlichen Ersparnis von 54 Euro für Benzin und 97 Euro für Dieselfahrzeuge pro Jahr entsprechen kann.

Wer jetzt seine **alte Öl- oder Gasheizung** durch eine Heizung mit erneuerbaren Energien ersetzt, sollte spürbar unterstützt werden. Deshalb brauchen wir eine kurzfristig wirkende **Abwrackprämie** für zwei Jahre. Mit zusätzlichen 10 Prozent Förderung im ersten Jahr, und 5 Prozent Förderung im zweiten Jahr: so dass die Förderung sozial ausgestaltet auf bis zu 80 Prozent Förderung steigt und danach wieder absinkt.

Wir setzen uns für eine Besteuerung von **Privatjet-Flügen** und **First-Class-Tickets** ein. Das spart Kerosin. Bei einer weiteren Verschärfung des Kerosinmangels wird eine Priorisierung von Flügen erfolgen müssen, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Bundesregierung muss dazu eine konkrete Strategie erarbeiten.

Sich ernsthaft mit den Energiesparvorschlägen der Internationalen Energieagentur auseinanderzusetzen sowie öffentliche **Energiesparkampagnen** mit Beratungsangeboten ins Leben zu rufen, etwa zur Heizungsoptimierung, niedrigeren Raumtemperaturen oder effizienter Warmwassernutzung. Studien zeigen, dass allein durch verhaltensnahe Maßnahmen kurzfristig 5-10 Prozent Energieeinsparung möglich sind – das entspricht bei typischen Haushalten weiteren 120-360 Euro pro Jahr.

Es muss eine generelle Möglichkeit für mobiles Arbeiten und **Homeoffice** eingeführt werden, sofern die Tätigkeit dafür geeignet ist und dem keine betrieblichen Gründe entgegenstehen (**Erörterungsrecht**). Das könnte Pendelverkehre und Kraftstoffverbrauch schnell und spürbar reduzieren.

Mit Blick auf die Tankstellenpreise ist zudem das von der Vorgängerregierung verschärfte **Kartellrecht** konsequent weiterzuentwickeln und anzuwenden – einschließlich wirksamer Durchgriffsinstrumente bis hin zur **Entflechtung von Mineralölkonzernen** als Ultima Ratio.

Die Bundesregierung muss jetzt eine **Gasvorsorge** treffen und sicherstellen, dass die gesetzlichen Speicherziele eingehalten werden: Bis zum 1. November müssen die Gasspeicher zu mindestens 80 Prozent gefüllt sein, damit Deutschland ausreichend auf die kommende Heizsaison vorbereitet ist.

### **3. Strukturelle Maßnahmen zur Stärkung der Energieunabhängigkeit**

Deutschland muss deutlich schneller unabhängig von fossilen Energieimporten werden. Unser Ziel sollte sein, den fossilen **Gasverbrauch bis 2035 mindestens zu halbieren** – durch mehr Wind- und Solarenergie, Elektrifizierung und den Hochlauf von Wasserstoff.

Die **Pläne** von Ministerin Reiche für das sogenannte „Teuer-Heizen-Gesetz“ (**Gebäudemodernisierungsgesetz**), das **Netzpaket**, die Novelle des **Energieeffizienzgesetzes** und die **EEG-Novelle schaden dem Klimaschutz, erhöhen die fossile Abhängigkeit** und müssen sofort **zurückgezogen** werden.

Die Abhängigkeit von **fossilen Importen von Gas aus den USA** wurde durch den Deal der EU deutlich erhöht, indem sie Energieimporte – vor allem Erdöl und Erdgas – im Wert von 750 Milliarden Dollar zugesagt hat. Diese Zusage ist ein **Fehler** und sollte **rückgängig gemacht werden**.

**China** treibt den Ausbau von **Zukunftstechnologien** massiv voran, gleichzeitig erhöht sich die Abhängigkeit Europas bei Erneuerbaren Energien und Batterien gegenüber China massiv. Jetzt entscheidet sich, wer stärker aus der Krise wieder hervorgeht. Wir wollen in Europa wieder technologisch führend werden und Produktion in Europa gezielt



aufbauen. Als Leuchtturm sollte die Bundesregierung jetzt den **Aufbau eines „Batterie-Airbus“ mit europäischen und internationalen Partnern** auf den Weg bringen, um den Aufbau von Batteriewertschöpfungsketten in Deutschland, Europa und Partnerländern zu unterstützen mit dem Ziel, Technologiesouveränität, Know-how und gute Arbeit zu sichern und kritische einseitige Abhängigkeiten zu begrenzen.

**Kritische Infrastrukturen**, auch und gerade im Energiebereich, müssen bestmöglich **geschützt werden**. Versuche der strategischen Übernahmen aus dem Ausland müssen intensiv geprüft und, wo dies sicherheitspolitisch geboten ist, untersagt werden. Hierfür muss die Investitionsprüfung dringend reformiert werden. Behörden brauchen schärfere Instrumente, um kritische Abhängigkeiten zu verhindern, ohne die generelle Offenheit für Investitionen zu opfern.

Wir fordern ein **Recht auf Solar** für alle Bürgerinnen und Bürger: ein schneller, unbürokratischer Netzanschluss sowie eine verlässliche Vergütung für eingespeisten Strom, um die Finanzierung eigener Anlagen zu erleichtern und Teilhabe zu sichern. Mit einem **Solarbonus** für 600 Stunden kostengünstigen Sonnenstrom, wenn besonders viel erneuerbarer Strom im Netz ist, werden die Vorteile billiger Erneuerbare für alle spürbar.

Beim **Ausbau von Wind-Offshore** droht ein Fadenriss. Die Ausschreibungen müssen endlich angepasst und ein CfD eingeführt werden, damit noch dieses Jahr erfolgreiche Ausschreibungen durchgeführt werden können.

Die öffentliche Hand sollte Vorreiter sein: **Öffentliche Gebäude** wie Schulen, Kitas oder Rathäuser sollten **verpflichtend mit Solaranlagen** ausgestattet werden. Das spart Kosten und zeigt, wie es geht.

Herzstück eines **Elektrifizierungs-Boosters** ist eine spürbare und schnelle Senkung der Stromkosten: Die **Stromsteuer** muss für alle unverzüglich gesenkt werden. Und ein wettbewerbsfähiger **Industriestrompreis** zügig eingeführt werden und deutlich länger als von der Bundesregierung geplant gelten – bis in die 2030er Jahre. Und zwar solange, bis sinkende Stromgestehungskosten durch den Ausbau erneuerbarer Energien dauerhaft wettbewerbsfähige Preise gewährleisten. Entscheidend ist eine verlässliche Ausgestaltung ohne Abbruchkante, um Planungssicherheit für die Industrie sicherzustellen. Die Unternehmen leisten ihren Beitrag, indem sie Mindestmaßnahmen zur Energieeffizienz umsetzen.

Die **Netzentgelte** müssen dauerhaft gesenkt werden. Das entlastet die Stromkosten. Das erfordert eine faire Verteilung der Kosten des Netzausbaus. Ein effizienter Ausbau erfordert zusätzlich eine bessere Finanzierung. Ein Amortisationskonto, das die Kosten des Netzausbaus über mehrere Generationen verteilt, oder die Stärkung des Eigenkapitals der Netzbetreiber sind Lösungen, an denen jetzt gearbeitet werden muss.

Es braucht verbindliche **Effizienzstandards** für Industrie und Gebäude, um den Energieverbrauch & Kosten systematisch zu senken. Dazu braucht es auch einen ambitionierten Sanierungsfahrplan zur Dekarbonisierung des Gebäudebestands mit klaren nationalen Zielen, messbaren Indikatoren, sozialer Flankierung und entsprechender Förderung.

#### **4. Aktive Gestaltung der wirtschaftlichen Transformation**

Investitionen in klimaneutrale Produktion, grüne Wasserstofftechnologien und Innovationen sind gezielt zu skalieren, um Wettbewerbsfähigkeit und Technologiesouveränität zu sichern.

Dazu ist die GreenTech-Branche im Einklang mit den europäischen Leitinitiativen wie dem **Clean Industrial Deal** und dem **Net Zero Industry Act** prioritär als industrieller





Wachstumskern zu fördern – mit dem Ziel, ihren Anteil an der Bruttowertschöpfung von derzeit rund neun Prozent auf etwa 20 Prozent bis 2045 zu steigern.

Gleichzeitig müssen **regionale Wertschöpfungsketten** (Abfolge aller Arbeitsstufen vom Rohstoff bis zum Verbraucher innerhalb einer begrenzten geografischen Region) gestärkt, Risiken durch Klimakrise und Biodiversitätsverlust entlang der Wertschöpfungskette abgebaut und strategische Abhängigkeiten durch eine europäische Industriepolitik reduziert werden. Einen Lösungsansatz bietet die **Kreislaufwirtschaft**, die rasche und umfassende Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie ist deswegen unerlässlich.

Der Rückbau in der EU-Klimapolitik muss sofort gestoppt werden – das gilt unter anderem für das sog. Verbrenner-Aus 2035 sowie für den **EU-Emissionshandel** (EU-ETS) und dem **CO<sub>2</sub>-Ausgleichsmechanismus (CBAM)** als zentrale marktwirtschaftliche Instrumente der europäischen Klimaschutzarchitektur. Wir wollen den CBAM weiterentwickeln, um ihn noch effektiver zu machen.

Insbesondere die **Chemieindustrie** hat große Transformationsaufgaben vor sich. Wir wollen die zusätzlichen Einnahmen, die durch die Abschmelzung der kostenlosen Zertifikate in der Chemie-Industrie entstehen, an diese zur **Förderung** von Investitionen in Klimaneutralität **zurückgeben**.

Unternehmen benötigen gezielte **Unterstützung bei ihren Anstrengungen zur Modernisierung hin zur Klimaneutralität**, insbesondere energieintensive Industrien. Wir brauchen eine **aktive Industriepolitik**, die unsere Industrien und Technologien vor Dumping und unfairem Wettbewerb, zum Beispiel aus China, schützt. Es ist entscheidend, strategisch wichtige Materialien wie grünen Stahl oder Grundstoffe hier in Deutschland und Europa zu produzieren.

Aus dem milliardenschweren **Sondervermögen** müssen **Investitionen in Klimaschutz und Energieunabhängigkeit jetzt massiv vereinfacht und beschleunigt** werden. Die Investitionen aus dem Sondervermögen müssen **vollständig zusätzlich** investiert werden. Der Sachverständigenrat hat berechnet, dass dann der zusätzliche Wachstumseffekt doppelt so hoch wäre.

**Gezielte Investitionsanreize** statt pauschaler Steuersenkungen: Wer investiert, soll profitieren. Gewinne, die im Unternehmen bleiben und vor allem in Forschungs-, Innovations- oder Modernisierungsinvestitionen fließen, müssen stärker als heute bessergestellt werden als Gewinne, die ausgeschüttet werden.

Wir wollen die Start-ups und andere innovative Unternehmen stärken, indem wir „schlafendes“ Kapital in Europa mobilisieren, institutionelle Investoren stärker für **Venture Capital** öffnen und mit einem Bürgerfonds zusätzliche Mittel erschließen. Das 28. Regime (EU Inc.) muss zeitnah umgesetzt werden, Hürden zur Schaffung einer europäischen Spar- und Investitionsunion müssen endlich überwunden werden. Der Wettbewerbsfähigkeitsfonds im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU muss schlagkräftig aufgestellt sein. Gleichzeitig werden wir ein einheitliches Regelwerk schaffen, das **Startups und Scaleups** ermöglicht, mit einer Gründung europaweit zu wachsen und zu finanzieren.

## **5. Mobilität und Verkehr den geänderten Bedingungen anpassen**

Die staatliche **Förderung (Prämie, Social Leasing)** für die Anschaffung von Privat-PKW soll **ausschließlich auf emissionsfreie Antriebe** fokussiert werden und darüber hinaus zielgerichtet Menschen mit geringen und mittleren Einkommen erreichen. Dazu





braucht es die systematische Entwicklung einer Förderung für den Gebrauchtwagenmarkt für emissionsfreie Fahrzeuge.

Um nicht weiter die falschen energie- und industriepolitischen Anreize zu setzen, müssen wir die steuerliche **Förderung** der **Dienstwagen** konsequent auf **Elektrofahrzeuge** ausrichten und die Subventionierung von Verbrennerfahrzeugen beenden.

Wir müssen die sozial und ökologisch ungerechte **Pendlerpauschale** reformieren und zu einer gerechten **Mobilitätspauschale** weiterentwickeln.

Die neue **Ladesäulenförderung** für Mehrfamilienhäuser muss so konzipiert werden, dass nicht nur große, kapitalstarke Wohnungsunternehmen profitieren, sondern vor allem Wohnungseigentümergeinschaften und Privateigentümer. Zudem müssen die gesetzlichen Vorgaben für die Nachrüstungen im Bestand angepasst werden.

Wir benötigen eine **Stärkung des Schienenverkehrs**. Für den Deutschlandtakt muss die Bundesregierung endlich wie angekündigt einen überjährigen **Eisenbahninfrastrukturfonds** einrichten, der Projekte für den **Aus- und Neubau im Schienennetz** verlässlich finanziert.

Statt fossile Abhängigkeiten durch den Bau neuer Straßen weiter auszubauen, muss das Geld im Straßenbau konsequent in **Erhalt statt Neubau** umgeschichtet werden. Zudem sind Maßnahmen erforderlich, mit denen die bestehende Verkehrsinfrastruktur erhalten, im Sinne europäischer Sicherheit ertüchtigt und klimaresilient aufgestellt wird.

Bund und Länder müssen die **Mittel für den ÖPNV-Betrieb** deutlich aufstocken, um das Angebot zu stabilisieren und gezielt auszubauen. Auch die **Mittel für Radwege** müssen dauerhaft angehoben werden.

Ergänzend ist eine **flächendeckende Mobilitätsgarantie** für den ländlichen Raum sicherzustellen, die mindestens im Stundentakt eine verlässliche Anbindung an den öffentlichen Verkehr gewährleistet und damit gleichwertige Mobilitätschancen unabhängig vom Wohnort schafft.

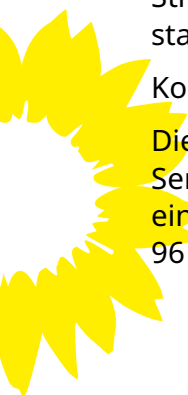
## **6. Soziale Sicherheit gewährleisten**

Eine erfolgreiche Transformation kann nur gelingen, wenn sie spürbar entlastet und gesellschaftlich getragen wird. In Krisenzeiten ist Weiterbildung eine echte Zukunftschance für Beschäftigte. Das Aufstiegs-BAfÖG wollen wir so weiterentwickeln, dass auch Umschulungen auf gleicher Qualifikationsstufe gefördert werden. Das erleichtert Jobwechsel in andere Sektoren und Bereiche. Dabei muss die Entwicklung und Wirkung von KI auf die Zukunft der Arbeit mitgedacht werden. Der Meistertitel soll künftig genauso kostenfrei sein wie der Master.

Zu einer erfolgreichen Transformation gehören ebenso zielgerichtete Entlastungen bei Stromkosten, ein sozial gestaffeltes Energiekrisengeld sowie der konsequente Ausbau von klimagerechter Infrastruktur wie eines bezahlbaren öffentlichen Verkehrs oder effizienter Strom- und Wärmenetze. Ziel ist es, Energiearmut zu verhindern und Haushalte gezielt zu stabilisieren.

Konkret bedeutet das: ein **Sofortprogramm für Bezahlbarkeit**:

Die Senkung der **Stromsteuer** auf das europäische Mindestmaß sowie die dauerhafte Senkung der Netzentgelte wird alle Haushalte und Unternehmen unmittelbar entlasten. Für einen durchschnittlichen Haushalt entspricht das je nach Verbrauch einer Ersparnis von etwa 96 bis 180 Euro im Jahr.





Ein **Energiekrisengeld** als einmalige Unterstützung in einer Größenordnung von etwa 100 Euro pro Person und Jahr. Um eine soziale Staffelung zu gewährleisten, wird die Pauschale versteuert. Menschen mit sehr geringen Einkommen erhalten sie ganz. Das hilft schnell und unbürokratisch, steigende Kosten abzufedern und sorgt dafür, dass die Transformation sozial gerecht bleibt.

Die zügige Einführung einer **Übergewinnsteuer**, um die kurzfristigen Krisenübergewinne der Mineralölkonzerne zu begrenzen und um im Hier und Jetzt die Preise an der Zapfsäule zu senken.

Im Verkehrsbereich wird ein kurzfristig eingeführtes **9-Euro-Ticket für drei Monate**, anschließend ein **dauerhaft abgesichertes 49-Euro-Ticket** im Jahresabo, inklusive der kostenfreien Mitnahme von Kindern und Jugendlichen, die Mobilitätskosten für alle deutlich senken. Für viele Pendlerinnen und Pendler ergibt sich daraus gegenüber heutigen Kosten im Schnitt eine monatliche Entlastung von dauerhaft 14 Euro. Zudem braucht es endlich eine **bundesweite Lösung** für ein günstiges **Sozialticket**, das diejenigen entlastet, die es wirklich brauchen.

Die hier genannten Entlastungen entstehen nicht durch neue Subventionen, sondern durch Effizienz, Strukturwandel und kluge Preis- und Steuerpolitik, etwa durch das Schließen von Lücken im Steuersystem.

## **7. Digitale und strategische Souveränität herstellen**

Die Ausrichtung digitaler Infrastruktur auf US-amerikanische Tech-Konzerne gefährdet unseren demokratischen Diskurs, unsere Kommunikation sowie unsere Sicherheit. Es braucht den **Aufbau europäischer digitaler Infrastrukturen**, eine klare **Regulierung von Plattform- und Monopolstrukturen**, mehr **Transparenz bei Algorithmen** sowie eine **faire Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle**. Digitale Konzerne müssen ihre Steuern dort zahlen, wo ihre Gewinne entstehen, und zwar in vergleichbarer Höhe wie andere Marktteilnehmer. Nur so lässt sich mehr Fairness im Steuersystem herstellen, etwa zwischen der Buchhandlung um die Ecke und großen Plattformen.

Gleichzeitig geht es darum, übermäßige Marktmacht zu begrenzen und politische Einflussnahme globaler Tech-Konzerne einzudämmen. Dazu gehört auch, **Plattformbetreiber stärker in die Pflicht** zu nehmen: Sie sollen ihre Algorithmen offenlegen, damit sowohl Nutzende als auch Forschende deren Funktionsweise und gesellschaftliche Wirkung nachvollziehen können.

Parallel muss die Bundesregierung den Aufbau einer **europäischen, digitalen Öffentlichkeit** aktiv fördern, indem sie souveräne und gemeinwohlorientierte Infrastrukturen finanziell unterstützt – etwa dezentrale soziale Netzwerke wie Mastodon oder EuroSky. Und die öffentliche Hand kann als Ankerkunde dazu beitragen, dass europäische Anbieter von KI-Modellen, Software und Cloud-Infrastruktur wachsen.

Eine zunächst national eingeführte **Digitalsteuer**, bis eine europäische Lösung zur angemessenen Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle in Kraft tritt, würde dafür sorgen, dass Big Tech in Deutschland wie alle anderen Unternehmen einen fairen Beitrag leistet. Das würde faire Wettbewerbsbedingungen schaffen und Innovation fördern. Mit einem Angleichen der Besteuerung von Digitalkonzernen an die durchschnittliche Unternehmensbesteuerung kann in Deutschland jährlich ein zweistelliger Milliardenbetrag von mindestens 10 Milliarden Euro erzielt werden. Perspektivisch muss die Digitalkonzernsteuer als Eigenmittel der EU ausgestaltet werden, dafür muss sich die Bundesregierung endlich ressortübergreifend in Brüssel einsetzen.





Insgesamt zeigt sich: Ein solcher Krisenresilienzplan ist kein Kostenprogramm, sondern ein Transformations- und Stabilitätsprogramm. Er reduziert strukturelle Abhängigkeiten, senkt langfristig Energiekosten und stärkt gleichzeitig soziale Sicherheit, Innovation und wirtschaftliche Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit. Friedrich Merz darf sich nicht weiter verweigern – er muss dem Ernst der Lage endlich mit Taten begegnen.

